

Berliner Morgenpost

Bezirk war ahnungslos

Hof-Häuser für Geflüchtete: Pläne blieben monatelang geheim

12.04.2023, 16:24 | Lesedauer: 4 Minuten

Thomas Schubert



Platz für 422 Geflüchtete: Diese zwei L-förmigen Riegel darf die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau in ihre Siedlung zwischen Ossietzkystraße und Kavaliertstraße in Berlin-Pankow einfügen. 36 Bäume weichen.

Foto: Bezirksamt Pankow

Neue Aussagen zu Wohnriegeln in Höfen für 422 Geflüchtete am Pankower Schlosspark zeigen Planungs-Wirrwarr. So kam der Plan zustande.

Berlin. Eine Fläche lässt sich nur einmal verplanen – könnte man meinen. Doch im Fall der Baugenehmigung für Hof-Häuser als Zuhause für über 420 Geflüchtete am Pankower Schlosspark zeigt sich nun: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gesobau arbeitete viele Monate am Bezirksamt vorbei. Mit ganz anderen Absichten für das gleiche Grundstück. Und der Senat wusste davon spätestens seit dem vergangenen Sommer. Während der Bezirk noch versuchte, per Bebauungsplan „durchgrünte Wohnhöfe“ vor einer Nachverdichtung zu schützen, war auf der anderen Ebene schon über Monate hinweg eine Modulare Flüchtlingsunterkunft (MUF) in Arbeit.

Ein Plan, der die Arbeit des Bezirks aushebelt. Und die Zusicherung an Bürger ad absurdum führt, die Höfe blieben aus Klimaschutzgründen frei. Schon am 14. Juli habe die Gesobau über die Absicht informiert, die Innenhöfe der Siedlung an der Kavaliertstraße mit zwei Wohnriegeln zu füllen, in denen nur Geflüchtete leben dürfen. So gibt es Staatssekretär Christian Gaebler nun auf Anfrage der Pankower Grünen-Abgeordneten Oda Hassepaß bekannt.

Offenbar geschah die Konkurrenz-Planung zum Klima-Bebauungsplan des Bezirks mit voller Absicht. Trotz der dortigen Absage eine Bebauung der Höfe. Und mit Unterstützung durch den Senat. „In Abstimmung mit dem Land Berlin wurde das Ziel der Bebauung weiterhin von der Gesobau verfolgt“, berichtet Gaebler. Am 20. Dezember, kurz vor Weihnachten, habe die

Wohngesellschaft dann den Bauantrag gestellt – nach Sonderbaurecht, das Wohnungsbau für Geflüchtete schnell und unbürokratisch ermöglicht.

Gesobau-Plan zwingt Bezirk Pankow zu Fällgenehmigung für 36 Bäume

Im Bezirksamt Pankow erfuhr Baustadträtin Rona Tietje (SPD) wohl erst kurz vor der Wiederholungswahl im Februar von diesem Plan. Eine negative Stellungnahme des Bezirks blieb, wie berichtet, wirkungslos. Noch während des Regierungswechsels erging beim Senat am 28. Februar die Genehmigung für das Nachverdichtungsprojekt, was laut Bezirksplänen gar nicht möglich war. Der bevollmächtigte Architekt habe den Vorgang am 7. März bestätigt, schreibt Gaebler.

Mehr zur neuesten Unterkunft für Geflüchtete in Berlin-Pankow:



Zwei Häuser für Hunderte Geflüchtete statt Bäume und Spielplatz: Ute Rinke, Ilse Maria Feltz, Annika Geisler und Britta Krehl aus Pankow kämpften gegen einen Stopp des Projekts in den Wohnhöfen der Gesobau – vergeblich.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

Schon vorher geschah das, was die Anwohnerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ mit monatelangen Kundgebungen und Mahnwachen verhindern wollte: Pankows Umweltamt musste Anfang Februar eine Fällgenehmigung für 36 Bäume in den Höfen erteilen – sie gilt wegen der Dringlichkeit des Projekts ausnahmsweise auch in der Wachstumsperiode. So geht es aus einer zweiten parlamentarischen Anfrage der Linken-Abgeordneten Sandra Brunner hervor. Eine Klimanotlage sieht der Senat nicht als Hinderungsgrund für die Rodung – weil der Bezirk die verlorenen Bäume durch Neupflanzungen ersetzen soll.

Senat fordert von Bezirken bis zu 13.000 Unterkunftsplätze für Geflüchtete pro Jahr



Fast alle Platzreserven in Berlin erschöpft: Auch ein Tempo-Home für Geflüchtete auf der Elisabeth-Aue, das eigentlich schließen sollte, ist voll belegt.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

Aus Senatssicht ist klar: Die Krise beim Unterbringen von Geflüchteten zwingt zum Handeln und sticht Bedenken, die Bezirke vortragen können, aus. „Die rechtzeitige und ausreichende Unterbringung von Geflüchteten stellt ein dringendes Gesamtinteresse Berlins dar, dem der Senat im vorliegenden Fall den Vorrang gegenüber dem bezirklichen Planungsinteresse am Erhalt von wohnnahen Grünflächen eingeräumt hat“, formuliert es Gaebler. Die Zeiten, da der Bezirk Pankow und der Senat verschiedene Pläne für die gleiche Fläche verfolgen konnten, sind nun vorbei. Trotz jahrelanger Arbeit ist der Klimaschutz-Plan mit grünen Höfen praktisch tot.

Vielleicht ist der Fall der Kavaliestraße nicht das letzte strittige Projekt dieser Art auf Berliner Boden. So habe die Senatsverwaltung für Soziales einen aktuellen Bedarf von 10.000 bis 13.000 Unterkunftsplätzen für Geflüchtete geltend gemacht, berichtet Gaebler. „Ähnliche Bedarfszahlen werden für die Folgejahre prognostiziert.“